

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 28. FEBRUAR 2019



ANTRAG **CLANKRIMINALITÄT** VORBEUGEN UND BEKÄMPFEN!

Organisierte Kriminalität stellt unverändert ein hohes Bedrohungspotenzial für die Gesellschaft dar. Eine besondere Herausforderung für die Strafverfolgung ist dabei die von ethnisch abgeschotteten Subkulturen ausgehende Kriminalität, die häufig auch als Clankriminalität bezeichnet wird. Die Bürgerschaft hat heute mit breiter Mehrheit beschlossen, dass der Senat zum einen ein Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung der Clankriminalität entwickeln und andererseits einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der sozialen Integration insbesondere von jungen Angehörigen ethnisch abgeschotteter Subkulturen setzen soll.

„Wir dulden keine Parallelgesellschaft und keine kriminelle Subkultur. Die Null-Toleranz-Strategie, die hier in Bremen gegenüber der sogenannten Clankriminalität gefahren wird, ist die einzig richtige“, erklärte Sükrü Senkal, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, heute in der Bürgerschaft. Diese Null-Toleranz-Strategie gelte es weiterhin konsequent umzusetzen, damit nicht nur öffentliche Machtdemonstrationen ausblieben, sondern mittelfristig auch kriminelle Handlungen an Attraktivität verlören, so der Sozialdemokrat. „Das Risiko, entdeckt und für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden, muss von den Tätern endlich als zu hoch angesehen werden.“



Sükrü Senkal

Derweil müsse man sich keine Illusionen machen, erklärte Senkal: „Natürlich wird im Verborgenen weiter gedealt, betrogen und

Schwarzgeld erwirtschaftet. Aber die Polizeien in Bremen und Bremerhaven sowie die Staatsanwaltschaften sind überaus wachsam und für jedes Fehlverhalten empfindlich“, so Senkal. Bremen sei neben Berlin und Essen Hochburg der so genannten Clankriminalität von Familienclans mit kurdisch-libanesischem Hintergrund – und dies leider schon seit Jahren. Haupteinnahmequellen der organisierten Kriminalität seien dabei Drogenhandel, Sozialhilfebetrug im großen Stil, Gebrauchtwagenhandel und auch Straftaten gegen ältere Menschen hauptsächlich im Bereich des Betrugs.

In Berlin und auch in einigen Städten Nordrhein-Westfalens sei es gerade in jüngster Vergangenheit vermehrt zu Razzien und klarem Vorgehen gegen diese kriminellen Strukturen, aber auch gegen öffentliches Gehabe und provozierendes Verhalten gekommen, berichtete der Innenpolitiker. Aber auch in Bremen habe es – zuletzt etwa im vergangenen Herbst – im großen Stil Razzien gegeben. „Wie auch der Weser-Kurier Anfang des Monats schrieb,

sind wir in Bremen schon weiter“, betonte Senkal. „Die Machtverhältnisse sind hier geklärt. Clankriminalität wird nicht akzeptiert und nicht toleriert. Es wird nicht weggeschaut. Es wird sofort reagiert und staatlich gestört. Organisierter Kriminalität geben wir hier keinen bequemen Nährboden. Das ist schon mal ein erster wichtiger Schritt zu deren nachhaltiger Bekämpfung.“

„Darüber hinaus sollen die Menschen, die in diese Strukturen hineingeboren wurden, aber auch eine realistische Möglichkeit haben, dem Teufelskreis zu entkommen, auch, indem sie selbst helfen aufzuklären ohne selbst in Gefahr zu geraten“, erklärte Senkal abschließend. Der heute mit breiter Mehrheit in der Bürgerschaft beschlossene Antrag bietet seiner Ansicht nach gerade auch für diese Ziele eine realistische Chance, die genutzt werden müsse.

> Antrag: Clankriminalität nachhaltig und koordiniert vorbeugen und bekämpfen
<http://tiny.cc/clankriminalitaet>

ANTRAG **BIBLIOTHEKEN: ÖFFNUNG AM SONNTAG SOLL GETESTET WERDEN**

Die Bibliotheken im Land Bremen sind zentrale Orte der Wissensvermittlung und des kulturellen Austausches. Sie sind mehr als nur Einrichtungen, in denen Bücher ausgeliehen werden können. Vielmehr sind sie heute Lernorte und Begegnungsorte, die allen potentiellen Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung stehen sollten. Deshalb hat die Bremische Bürgerschaft heute zwei Anträge der rot-grünen Koalition verabschiedet, die die Öffnungszeiten und den Zugang zu den öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken Bremens ausweiten sollen.

„Öffentliche Bibliotheken sind kulturelle Begegnungsorte für Jung und Alt. Sie machen Literatur, Kunst und Kultur erlebbar und stellen im Sinne des lebenslangen Lernens wichtige Bildungsorte dar“, beschrieb Arno Gottschalk, wissenschafts-politischer Sprecher der SPD-Fraktion, die Rolle der Bibliotheken am Rande der heutigen Debatte. Dabei gehören Bibliotheken laut Gottschalk zu den wenigen kulturellen Einrichtungen, die für Besucherinnen und Besucher kostenfrei seien. „Vor dem Hintergrund der wichtigen Rolle, die Bibliotheken in unserer Gesellschaft zukommt, ist es ein großes Problem, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Eltern mit Kindern die Angebote der Einrichtungen während der regulären Öffnungszeiten unter der Woche nicht wahrnehmen können“, so Gottschalk weiter.

Im Rahmen des technischen Fortschritts könne das Open-Library-Konzept hier Abhilfe schaffen. Gottschalk: „Open-Library bezeichnet Bibliotheken, die zu gewissen Zeiten ohne die Anwesenheit von Bibliothekspersonal geöffnet haben. Die Stadtbibliothek prüft dieses Konzept bereits an mehreren Standorten, und wir wollen sie dabei unterstützen.“ Deshalb solle der Senat nun prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein zunächst zeitlich befristetes, wissenschaftlich begleitetes Bremer Modellprojekt „Open Library Bremen“ in den öffentlichen Bibliotheken ermöglicht



Arno Gottschalk



und möglichst flächendeckend umgesetzt werden kann.

Mit Blick auf die wissenschaftlichen Bibliotheken ergänzte Gottschalk: „Im wissenschaftlichen Bereich ist der Zugang zu Bibliotheken eine Grundvoraussetzung für ein Gelingen von Forschung und Studium.“ Vor allem in der Vorbereitung auf Prüfungen sei die intensive Nutzung der Präsenzbestände und Lehrmaterialien in den Bibliotheken von hoher Bedeutung. „Aus diesem Grund sollte die durchgängige Nutzbarkeit wissenschaftlicher Bibliotheken an Wochenenden, also auch an Sonntagen, eine Selbstverständlichkeit

sein und spiegelt sich so auch in den Öffnungszeiten an vielen deutschen Hochschulstandorten wider.“ Deshalb gelte es nun, die nötigen Voraussetzungen für eine Sonntagsöffnung der wissenschaftlichen Bibliotheken zu schaffen und ein Konzept für verlängerte Öffnungszeiten unter Einbeziehung des Open-Library-Modells zu erarbeiten. Gottschalk begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich das aktuell laufende zweijährige Modellprojekt, das in den Jahren 2019 und 2020 an jeweils zehn Wochenenden während der Prüfungszeiten erweiterte Öffnungszeiten der Staats- und Universitätsbibliothek vorsieht.

MEDIZINSTUDIUM IN BREMEN: REALISTISCHE LÖSUNG STATT ILLUSIONEN

Die Bürgerschaft hat den Senat heute dazu aufgefordert, ein Konzept für die klinische Phase eines Medizinstudiengangs weiter voranzutreiben und die Einführung zu prüfen. Eine Machbarkeitsstudie für ein Vollstudium, das einen hohen Millionenbetrag kosten würde, lehnte das Parlament ab. Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk machte mit Blick auf die Studie klar: „Eine solche Geldverschwendung machen wir nicht mit!“

Gottschalk erinnerte in seiner Rede an eine Debatte vom Vortag, als die Abge-

ordneten den Wissenschaftsplan 2025 diskutiert hatten. Darin sei vorgesehen, dass die Ausgaben für die Hochschulen im Land Bremen von derzeit 350 Millionen Euro auf über eine halbe Milliarde Euro steigen sollen.

„Wenn man sich nun an anderen Standorten in Deutschland informiert, was ein Vollstudiengang Medizin kostet, dann landet man schnell bei 60 bis 100 Millionen Euro im Jahr“, erklärte Gottschalk – und richtete deutliche Worte in Richtung CDU. „Wir sehen nicht, wie man das zusätzlich zu den den großen Anstrengungen, die

der Wissenschaftsplan vorsieht, finanzieren könnte. Und von der CDU hören wir da auch keine Vorschläge. Deswegen wollen wir auch nicht 100.000 Euro in eine Machbarkeitsstudie für etwas investieren, von dem wir jetzt schon wissen, dass wir es nicht finanzieren wollen. Eine solche Geldverschwendung machen wir nicht mit. Wir setzen uns stattdessen für eine realistische, umsetzbare Lösung ein – für eine Kooperation mit einer Hochschule und die Umsetzung der klinischen Studienphase in Bremen. Deswegen wollen wir diese Option weiter prüfen. Alles andere ist Augenwischerei.“

TSCHÖPE WIRBT FÜR POLITIK-WORKSHOPS IN SCHULEN

Wie kann man bei Schülerinnen und Schülern das Interesse für Politik wecken und nachhaltig fördern? Mit dieser Frage haben sich auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ im vergangenen Jahr befasst – und einen Vorschlag entwickelt, für den der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, heute in der Debatte zu den Ergebnissen der Jugendlichen entschieden warb.



In einer Resolution hatten die Jugendlichen gefordert, dass es einmal pro Halbjahr einen Workshop-Tag geben soll, an dem sich Schülerinnen und Schüler mit Politik befassen. So soll politisches Interesse nicht nur geweckt, sondern auch nachhaltig gefördert werden.



Björn Tschöpe

In der Bürger-schaftsdebatte zu den Ergebnissen von „Jugend im Parlament“ berichtete SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe, dass er Anfangs noch nicht überzeugt von dieser Idee gewesen sei. „Ich

glaube, dass Politisierung nicht primär in der Schule und im Unterricht geschieht, sondern durch gesellschaftliche Konflikte und eigene Betroffenheit“, sagte er und nannte als Beispiele die Schülerproteste nach dem Massaker in einer Schule in Parkland oder die Proteste unter dem Motto „Fridays for Future“.

Die beiden Schülerinnen, die den Vorschlag maßgeblich entwickelt haben, hätten dann aber in weiteren Gesprächen entschieden für die Workshops geworben, erzählte Tschöpe. „Sie haben im positiven Sinn Lobbyarbeit betrieben“, sagte der Sozialdemokrat. „Ich bin nach wie vor überzeugt, dass persönliche Betroffenheit zu politischem Engagement führt. Aber ich bin nun auch überzeugt, dass die Workshop-Idee zusätzlich sinn-

voll ist, weil sie jenseits des klassischen Unterrichts Raum gibt für die politische Meinungsbildung.“

Eine fraktionsübergreifende Kleine Anfrage habe sich daher beim Senat über die Möglichkeiten der Umsetzung erkundigt – und dieser sei positiv eingestellt, in einigen Punkten aber skeptisch, ob dies etwa mit der Eigenständigkeit der Schulen vereinbar sei. „Ich würde mir wünschen, dass der Senat sich bei den Schulen intensiv für diese Workshops einsetzt“, sagte Tschöpe abschließend. „Und die Schülerinnen, die – mindestens bei mir – so erfolgreich lobbyiert haben, haben auch noch eine weitere Lektion gelernt: Nicht nur die Debatte ist entscheidend, auch das hartnäckige Dranbleiben ist es.“

FRAGE **VERSORGUNG VON FRÜHGEBORENEN IN BREMERHAVEN**

Die Frühgeborenenstation von Ameos in Bremerhaven hat ein Personalproblem. Eine Bündelung von Kinderklinik und der Frühgeborenenstation an einem Standort könnte Abhilfe schaffen. Wie genau sich das Personalproblem auf die Versorgung von Früh- und Neugeborenen auswirkt und ob eine Bündelung von Kinderklinik und Frühgeborenenstation wirklich sinnvoll ist, wollte der Bremerhavener SPD-Abgeordnete Holger Welt vom Senat wissen.

Eine Versorgung von Frühgeborenen solle auch weiterhin in Bremerhaven angeboten werden, erklärte Gesundheitssena-



Holger Welt

umliegenden Gemeinden und Landkreisen von hoher Bedeutung“, so Quante-Brandt weiter.

torin Eva Quante-Brandt heute in der Fragestunde für den Senat. „Ein solches Versorgungsangebot ist nicht nur für die Bevölkerung in Bremerhaven selbst, sondern auch für die Menschen in den

Allerdings könne die Versorgung aktuell lediglich durch den zusätzlichen Einsatz von Honorarärztinnen und -ärzten gewährleistet werden – ein Modell, welches für den Senat allerdings wenig praktikabel sei. Eine langfristige Versorgung sei beispielsweise durch eine Zusammenführung der Versorgungsstrukturen und -aufträge unter einer Trägerschaft sichergestellt, betonte Quante-Brandt. Allerdings erfordere eine solche Bündelung eine gewisse Vorlaufzeit. Auf Nachfrage von Holger Welt betonte Quante-Brandt zudem, die Ameos sei nicht bereit, freiwillig Versorgungsaufträge zurückzugeben.

FRAGE **HOFABGABEKLAUSEL – AUSWIRKUNGEN AUF BREMEN?**

Noch bis Dezember 2018 war es für Landwirte, die kurz vor dem Renteneintritt standen, Pflicht, ihren Hof im Alter abzugeben – andernfalls bestand kein Rentenanspruch. Das Gesetz, die sogenannte Hofabgabeklausel, wurde Ende der 50er Jahre zusammen mit der Alterssicherung der Landwirte eingeführt, um eine Überalterung der Landwirte zu verhindern und gleichzeitig die frühe Übergabe an junge Landwirte sowie die langfristige Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen zu sichern.

Im Mai 2018 wurde die Hofabgabeklausel schließlich für teilweise verfassungswidrig erklärt – sowohl wegen einer fehlenden Härtefallregelung, als auch, weil der Rentenanspruch des Ehepartners oder der Ehepartnerin an der Abgabe des Hofes hing. Seit dem 18. Dezember 2018 besteht die Pflicht zur Abgabe des Hofes allerdings nicht mehr.

Jens Crueger, Sprecher der SPD-Fraktion für Umwelt und Landwirtschaft, wollte daher heute in der Fragestunde vom Senat wissen,



Jens Crueger

wie sich die Entscheidung auf das Land Bremen auswirkt und wie der Senat zum Gerichtsentscheid und der Abschaffung der Klausel steht.

Eva Quante-Brandt, erklärte für den Senat, dass dieser die tragenden Entscheidungsgründe des Bundesverfassungsgerichtes nachvollziehen könne – im Zuge der neuen Regelung von Dezember 2018 habe man bislang knapp zwanzig Regelaltersrenten bewilligen können. Aktuell seien noch sechzig solcher Anträge offen, und man informiere momentan alle Versicherten, die noch keinen Antrag gestellt hätten, über die geänderten Anspruchsvoraussetzungen. Darüber hinaus, so Quante-Brandt abschließend, habe die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes keine unmittelbaren Folgen für das Land Bremen.

FRAGE **UNGLEICHE BEZAHLUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST?**

Eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes kam im Frühjahr 2018 zu dem Schluss, dass die Entgeltordnung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (kurz: TV-L) in einigen Punkten nicht nachvollziehbar ist – insbesondere, was die Einheitlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Bewertungskriterien bei Männern und Frauen angeht. Deswegen wollte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Bösch, vom Senat wissen, wie dieser seine Selbstverpflichtung bei der Geschlechtergerechtigkeit im Bereich des TV-L bewertet und wie er mit dieser Studie umgehen will.

In seiner schriftlichen Antwort erklärte der Senat, dass es ihm Selbstverpflichtung und

besonderes Anliegen sei, die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu forcieren. Beim TV-L sei er jedoch nicht selbst Tarifvertragspartei, sondern dies seien die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf der einen und die Gewerkschaften Verdi und dbb Tarifunion auf der anderen Seite.

Weiter berichtet der Senat, dass nach Abschluss der Tarifrunde 2017 Verhandlungen über die Weiterentwicklung der Entgeltordnung aufgenommen worden seien. Die von Bösch in ihrer Anfrage zitierte Studie sei dort nicht bekannt gewesen oder thematisiert worden. Die Ergebnisse seien aber auch insofern überraschend, als dass der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, der bei der Systematik der Eingruppierung



Sybille Bösch

in Entgeltstufen mit dem TV-L weitgehend vergleichbar sei, die Anforderungen an ein diskriminierungsfreies Entgeltsystem bisher erfülle.

Bremen habe die Studie nun jedoch an die Geschäftsführung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder übermittelt, und dort werde nun zu beraten und zu entscheiden sein, wie damit umgegangen werden solle. Bremen, so betonte der Senat, werde sich in diesen Prozess konstruktiv einbringen.